Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2.35 M., monatl. 10 M. vorauszahlbar frei ins Haus. Kreuzbandsendung monatlich 12 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 2,20 M., zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 M. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 537. Dienstag, den 16. November 1920. – Abend-Ausgabe. 34. Jahrgang.

Wohnungselend.

Immer stärker macht sich der Winter bei den armen Leuten in mangelhaft oder gar nicht geheizten Räumen durch Hunger, Kälte, Not und unheimlich stetig steigende Preise geltend. Trotz des „kostbaren“ Segens an Fleisch und Lebensmitteln in den Läden wächst das Elend unter den ärmen Volksschichten der Großstädte rapid.

Und zu Kälte, Hunger und unerschwinglichen Preisen gesellt sich in ebenfalls immer krasser hervortretendem Maße das Wohnungselend. Zweifellos muß ein gut Teil dieser traurigen Erscheinung in unserm täglichen Leben auf die hohen Baumaterialpreise, den Mangel an Material und die dadurch entstandene Unlust zum Häuserbau zurückgeführt werden. Auch gab es in Großstädten ohne Frage immer mehr oder weniger Zeichen des Elends. Niemals war aber gerade das Wohnungselend so stark entwickelt, so grausam hart wie in diesem Winter.

Hunderte von Familien wohnen hier in Hamburg gegenwärtig in Wohnungen, die einfach menschenunwürdig sind und unter normalen Umständen von der Baupolizei als unzulänglich und völlig unsanitär bezeichnet werden müßten.

In je einem Stadtviertel in St. Pauli, Hammerbrook und andern kann man Hunderte solcher menschenunwürdigen Wohnungen finden. Wer noch ein Herz und Mitgefühl für seine Menschenbrüder hat, wer dem Elend nicht aus Bequemlichkeitsgründen aus dem Wege gehen will, der soll sich einmal die Mühe machen und die Wohnungen armer und ärmster Leute in solchen Straßen wie Alter Steinweg, Schlachterstraße, Neuer Steinweg, Nicolaistraße, Venusberg, Erichstraße und andern aufsuchen. Tausende leiden äußersten Mangel an Kleidung, Bettwäsche, Leibwäsche, an deren Stelle sie sich mit Lumpen und Lappen behelfen müssen. Die Unterernährung macht sich hauptsächlich durch Anwachsen der Krankheiten und nicht zuletzt der Tuberkulose bemerkbar. Not, Elend und Unterernährung sind auch vornehmlich schuld an der Zunahme von Unsittlichkeit und Verbrechen.

Aus den Hunderten dieser Jammerwohnungen mögen folgende als ganz der schrecklichen Wirklichkeit vieler Fälle entsprechend herausgegriffen werden:

1. Wohnung in der Schlachterstraße; 1 Familie, Mann und Frau und 4 Kinder; 1 Küche 2 × 4 Meter, 1 Schlaf- und Wohngelaß für die Eltern 2½ × 2 Meter, 1 Raum ohne Fenster 3 × 2 Meter als Schlafort für 4 Kinder. Die Betten bestehen aus schmutzigen Lumpen, die ganze Familie ist schwer lungenkrank, die Wohnung ist in völlig verwahrlostem Zustande.

2. Wohnung Neuer Steinweg; Familie von 6 Personen, Vater Gelegenheitsarbeiter; Gesamtraum nur 30 Quadratmeter; Wohnung völlig verwahrlost, Fußböden verfault.

3. Wohnung Neuer Steinweg; Familie von 9 Personen; Wohnung nur 40 Quadratmeter und fast dunkel; Räume schrecklich verwahrlost.

4. Nicolaistraße; Wohnung nur 25 Quadratmeter; Familie 4 Personen; völlig verwahrlost.

Und solche Zustände finden sich Straße an Straße. Es kommt dem Besucher vor, als wenn sich das Elend in immer krasseren Formen zeigt und überhaupt kein Ende hat. Völlig überwältigend und furchtbar ist die Flut all dieses Jammers, und nach Stunden ermißt man im Geist erst die ganze Ungeheuerlichkeit dieser entsetzlichen Zustände.

Unwillkürlich lenkt man die Schritte zu lichteren, schöneren Gegenden, zum Alsterbecken, zur großen Lunge der Riesenstadt. Da staunt das Auge beim Anblick der großen, prächtigen Villen. Reichgekleidete, lachende Menschen spazieren in den breiten, wohlgepflegten Straßen und Baumwegen. Hier gibt es kein Elend, hier ist eitel Wonne und Wohlleben. Dort wohnt das reiche Bürgertum, dort leben die Volksbeglücker, die „wahren Patrioten“, die Volksparteiler, die „Wiederaufbauer“, und die Pendelpolitiker der Demokraten. Das sind die Leute, deren Prediger in den Kirchen und Gotteshäusern immer wiederholen: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Das sind die Leute, die in ihren Wahlversammlungen sagen: „Das deutsche Volk kann nur durch engsten Zusammenschluß, durch wahre, werktätige, gegenseitige Hilfe wieder emporkommen und genesen.“

Warum tun und handeln diese Leute nicht nach ihren Worten?! Warum räumen sie nicht den Wohnungslosen ein Plätzchen als Notwohnung ein?! Warum greifen sie nicht einmal tief in ihren Beutel, um den im grausigsten Wohnungselend verkommenden Volksgenossen zu helfen. Warum wenden sie lieber große Summen auf, um sich von der Zwangseinquartierung zu befreien?

Zweifellos arbeitet das Wohnungsamt mit aller Kraft dahin, um der Wohnungsnot nach Möglichkeit zu steuern. Aber es gibt Mächte, gegen die, wie es scheint, auch diese Behörde machtlos ist. Wie sollte es sonst wohl möglich sein, daß in der Umgebung des Alsterbeckens mindestens 35 große Villen völlig ungenügend mit Bewohnern belegt sind, obwohl sie durchweg beste Möglichkeit zur Einrichtung von Notwohnungen bieten! Wenn die Besitzer nicht gewillt sind, armen, verlumpten Leuten Obdach zu bieten, so könnte man doch Inhaber gesunder Etagenwohnungen aus der Stadt in Teilen dieser Villen unterbringen und dann wenigstens einen Prozentsatz der in ungesunden Jammerwohnungen hausenden Armen in die freiwerdenden Etagen einziehen lassen.

Zu den 35 Villen am Alsterbecken kommen aber noch viele andere in Winterhude, Ohlsdorf, Alsterdorf und andern Vororten. Und dasselbe gilt auch für die Villenvorstädte von Altona.

Das Wohnungsamt kann mit Leichtigkeit alle die hier erwähnten Fälle näher nachprüfen. Es kann vor allem in den angegebenen Stadtgegenden noch eine große Zahl Wohnräume ermitteln, in denen noch Wohnungsuchende untergebracht werden können.

Es ist wahrlich allerhöchste Zeit, daß man den Besitzern großer, ungenügend benutzter Wohnhäuser einmal ganz gehörig den Marsch bläst und ihnen den wahren Patriotismus und die wirkliche Menschenliebe demonstriert.

Bürgerliche Stimmen gegen den privatkapitalistischen Kohlenbergbau.

Als 1900 infolge der relativen Kohlenknappheit ein starkes Anziehen der Preise erfolgte, veröffentlichte die konservative „Schlesische Zeitung“ eine Artikelserie gegen den Kohlenwucher der Syndikate und forderte ein Einschreiten des Staates. Damals schrieb die konservative „Deutsche Tageszeitung“:

„Die Kohle gehört zu den schwer ersetzbaren Schätzen des Landes. Sie darf nicht dem Privatkapital zu Spekulationszwecken überlassen werden. Unser Endziel ist deshalb: Die Verstaatlichung aller Kohlenzechen . . . Die Schätze des Bodens gehören der Allgemeinheit . . .“

Der Führer des Bundes der Landwirte, Dr. Dietrich Hahn, befaßte sich auch in der Sitzung des preußischen Landtages vom 16. April 1904 mit der Stillegung der Ruhrzechen und forderte scharfe Schutzmaßnahmen. Er schloß:

„Sollten diese Vorschläge nichts helfen, dann würde allerdings der Staat genötigt sein, auch hier zur Verstaatlichung zu schreiten, wie bei der Eisenbahn . . .“

Kein Schutzvorschlag ist heute Gesetz geworden, die Macht des bürgerlichen Privatmonopols ist enorm gewachsen. Auch die konservativen Politiker Prof. Adolf Wagner und Graf Kanitz traten wiederholt für gesetzliche Maßnahmen gegen das Privatmonopol im Bergbau ein.

Der frühere preußische Handelsminister und nationalliberale Abgeordnete Theodor Müller sagte am 29. November 1904 im preußischen Landtag:

„Sobald die Fusionen sich zu Monopolen auswachsen, wird die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes ganz ernstlich erregt werden . . . und ist ein Monopol nicht mehr abzuwenden, dann wird die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes ein Staatsmonopol dem Privatmonopol vorziehen.“

Es ist tatsächlich soweit gekommen, daß eine Handvoll Privatunternehmer sich ein bergbauliches Monopol verschafft hat! Bergbaufreiheit und freier Kohlenhandel sind durch die syndizierten Privatmonopolisten längst beseitigt. Man sieht, daß rechtsstehende Organe und Politiker schon vor dem Kriege lieber eine Verstaatlichung des ganzen Kohlenbergbaues, trotz der anerkannten Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates, sehen, als die Komplettierung des sich entwickelnden Privatmonopols.

Im würtemmbergischen Landtag erklärte am 8. Februar 1908 der Zentrumsführer Dr. von Kiene, der „vom Liberalismus immer aufgestellte Satz“ vom „freien Spiel der Kräfte“ sei öffentlich verurteilt. Hinsichtlich der Kohle sagte er:

„Es ist überhaupt höchst bedenklich, wenn man unentbehrliche Lebensmittel in die Hände des großen Privatkapitalismus legt . . .“

Bei der Beratung des bayerischen Berggesetzes über Einschränkung der privaten Bergbaufreiheit (1907) erklärte der Zentrumsführer Abgeordneter Jäger-Dillingen, die „Folge der Lehre vom freien Spiel der Kräfte“ sei die „Herrschaft einer Handvoll Großkapitalisten im Kohlensyndikat.“ Auch der Bauerndoktor Heim sprach sich wiederholt für ein Staatsmonopol aus, da es immerhin erträglicher sei als das Privatmonopol einiger riesiger Bergwerkstrusts. Das führende Zentrumsblatt, die „Kölnische Zeitung“, schlug im Februar 1912 vor, sämtliche Kaliwerke in Reichsbesitz zu überführen.

Aus all diesen Ausführungen und Urteilen bürgerlicher Zeitungen und Politiker geht hervor, daß die Forderung der Beseitigung der privatkapitalistischen Bergbauwirtschaft schon lange vor dem Kriege, und zwar nicht nur von Sozialdemokraten, erhoben worden ist. Man fühlte und sah auch in bürgerlichen Kreisen die großen Gefahren, die dem Gemeinwesen durch das Privatmonopol im Bergbau drohen, und zog diesem sogar die Verstaatlichung des ganzen Bergbaues vor, obgleich die schweren Mängel der staatlichen Bergbauverwaltung wohlbekannt waren. Die Vorschläge der Sozialisierungskommission bezwecken nun keine bureaukratische Verstaatlichung, sondern die Bildung einer nur unter der öffentlichen Kontrolle stehenden, aber im übrigen unter freier Verwaltung befindlichen deutschen Kohlengemeinschaft.

Die Lehre der sächsischen Landtagswahl.

Das übereinstimmende Urteil fast aller Blätter über den Wahlausfall in Sachsen ist, daß die Regierungsbildung außerordentlich schwierig sein wird. Es ist zwar eine geringe sozialistische Mehrheit vorhanden, sofern man nämlich auch die Kommunisten mit den drei sozialdemokratischen Parteien zusammenzählt, aber diese Mehrheit ist erstens nur sehr schwach (49 gegen 47 Bürgerliche) und zweitens ist mit ihr nichts anzufangen, weil Linksunabhängige und Kommunisten jede Beteiligung an einer Regierungsbildung ablehnen. Da diese beiden Gruppen zusammen 9 Mandate bekommen haben, so bleibt ohne sie keine sozialistische Mehrheit bestehen. Aber auch die bürgerlichen Parteien bringen keine regierungsfähige Mehrheit zustande. Die „Vossische Zeitung“ sagt daher mit Recht: „Wenn ein Zusammengehen von Demokraten, Deutscher Volkspartei und Sozialdemokraten scheitere, so gäbe es überhaupt keine Kombination, die einigermaßen tragfähig wäre.

Es gäbe allerdings noch den Ausweg, der schon in unserer heutigen Morgenausgabe angedeutet wurde: eine Koalition zwischen Rechts-Unabhängigen, Sozialdemokraten und Demokraten. Diese drei Parteien zusammen verfügen über 48 Stimmen, also genau die Hälfte, sie könnten zur Not ein Kabinett bilden, das wenigstens über die erste Verlegenheit hinweghilft, aber sie müssen, um länger am Ruder bleiben zu können, sich mit außerordentlicher Festigkeit und Geschlossenheit sowohl gegen die Opposition von rechts, wie gegen die von links behaupten, und ob für eine solche Politik heute schon die Rechts-USP. reif ist, das eben bleibt die große Frage.

Daß die Arbeiterparteien, soweit sie demokratisch sind und bleiben wollen, lernen müssen, mit bürgerlichen Parteien, soweit sie sich zum demokratischen System bekennen, auch in der Regierung zusammenzusitzen, das haben diese Wahlen in Sachsen aufs neue gelehrt. Wenn irgendwo, dann mußte hier, wo die Sozialdemokratie ihre besten Hochburgen besaß, das Proletariat zuerst seine politische Reife durch die Tat erweisen. Diese Reife besteht aber nicht darin, Unmögliches zu fordern, sich auf den Alles-oder-Nichts-Standpunkt zu stellen, wie es die Wortradikalen machen, sondern jeweils das für die Arbeiterklasse Nützliche tun. Das hat unsere Partei bisher getan, indem sie mit den bürgerlichen Demokraten zusammen die Regierung bildete. Hat nun das Volk in einer Weise entschieden, daß diese Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist, so muß die Basis der neuen Regierung unter Umständen sowohl nach links wie nach rechts verbreitert werden. Eine Regierung in wirklich demokratischem Sinne müßte daher jetzt in Sachsen von den Rechts-Unabhängigen bis zur sogenannten Volkspartei hinüber ihre Stütze finden. Denn hinter einer solchen Koalition stünde die weitaus überwiegende Mehrheit des Volkes. Ohne sie wird man auch auf die Dauer nicht auskommen. Schließlich muß eben die Parteikonstellation sich nach dem Volkswillen richten und nicht umgekehrt.

Die Stimmenzahl.

Ein Drahtbericht aus Dresden meldet uns: Die Wahlbeteiligung betrug 62 %. Sie war also außerordentlich schwach, ein Zeichen dafür, daß das Volk wahlmüde wird. Auch baldige Neuwahlen würden also kein besseres Ergebnis liefern.

Das amtliche Ergebnis liegt noch nicht vor. Bei der besonderen Berechnungsart, die das Landeswahlgesetz vorschreibt, wird die Ausgabe der Schlußziffer noch etwas auf sich warten lassen. Immerhin ist die Zählarbeit der Wahlämter schon bis zum Abschluß gelangt und es lassen sich daher die vorliegenden Ergebnisse auf ihre Bedeutung prüfen. Wir geben zunächst im folgenden einen Ueberblick über die Landtagsergebnisse im Vergleich zur Reichstagswahl.

Es erhielten Stimmen:

	bei der Landtagswahl am 14. November	bei der Reichstagswahl am 6. Juni
Sozialdemokraten	573 151	581 778
Kommunisten	115 848	105 222
USP. rechts	281 336	609 484
„ links	58 764	
Demokraten	158 003	218 385
Deutschnationale	430 863	412 810
Deutsche Volkspartei	381 884	448 272
Zentrum	22 894	19 562
Wirtschaftl. Vereinigung	17 473	—
Lausitzer Volkspartei	—	6013
Deutschsoziale	—	3266

Sozialistische Stimmen (Kommunisten und Unabhängige eingerechnet) wurden diesmal abgegeben 1 029 099 und nichtsozialistische Stimmen 1 010 917, insgesamt 2 040 016. Bei der Reichstagswahl wurden abgegeben: sozialistische Stimmen 1 299 750, nichtsozialistische Stimmen 1 105 042, insgesamt 2 404 792.

Die Kommunisten und Unabhängigen hatten zusammen bei der Reichstagswahl 714 000 Stimmen. Davon haben sie jetzt gerettet 455 000 Stimmen.

Das Merkmal der Wahl ist also, daß gegenüber der Reichstagswahl sowohl die sozialistischen wie die nichtsozialistischen Stimmen infolge schwächerer Wahlbeteiligung zurückgegangen sind. Im übrigen halten sich bürgerliche und sozialistische Stimmen gegenseitig ungefähr das Gleichgewicht, und eine geringe Verschiebung ist seit dem 6. Juni sowohl nach der äußersten Rechten wie nach der äußersten Linken eingetreten, während die Mitte geschwächt wurde.

Die Völkerbundskonferenz.

In der Montagnachmittagssitzung der Völkerbundsversammlung in Genf wurde auf Vorschlag der britischen Delegation beschlossen, dem Präsidenten Wilson ein Telegramm zu senden mit dem Wunsch auf baldige ständige Genesung. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag des Präsidenten angenommen, die auf der Tagesordnung vorgesehenen Geschäfte an sechs Kommissionen zur Verarbeitung zu überweisen. Die Aufnahmegesuche von vier Staaten, die ihre Anmeldungen nicht innerhalb der im Völkerbundspakt vorgeschriebenen vier Wochen vor Beginn der Versammlung eingereicht hatten, wurden einer Kommission überwiesen.

*

Zugleich mit der Völkerbundsversammlung tagte der Völkerbundsrat. Die auf der Tagesordnung stehende Wilnaer Frage wurde nicht verhandelt, weil der litauische Delegierte nicht eingetroffen war. Die Danziger Frage führte zu lebhafter Debatte, die in erster Linie der militärischen Verteidigung des Freistaats Danzig galt. Oberbürgermeister Sahm-Danzig plädierte in deutscher Sprache dagegen, daß Polen mit der militärischen Verteidigung Danzigs betraut werden solle. Er wies auf die Gefahr hin, die der polnische Imperialismus für Danzig bedeute. Er führte zum Beweise Stellen aus dem „Danzig und Polen“ betitelten Buche des polnischen Delegierten Askesy an. Dieser antwortete sehr lebhaft auf die Vorwürfe. Angesichts der Meinungsverschiedenheiten vertagte der Völkerbund die Beschlußfassung. Der polnische Standpunkt in der militärischen Frage wurde von Frankreich und England unterstützt.

*

In einem Leitartikel zur Eröffnung der Völkerbundsversammlung weisen die „Basler Nachrichten“ darauf hin, daß für die gegenwärtige Tagung weder die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, noch die Revision des Versailler Friedensvertrages spruchreif sind. Das wichtigste Tätigkeitsgebiet der jetzigen Versammlung sieht das Blatt darin, dem Rat des Völkerbundes zum Bewußtsein zu bringen, daß der Völkerbund etwas anderes ist als der Ableger der Entente. Dem Rat fehle es zurzeit entschieden an dieser Erkenntnis. Würde die erste Tagung der Völkerbundsversammlung zu einem Fehlschlag, so wären der Liga auf lange Zeit hinaus, vielleicht auf immer, alle Zukunftsmöglichkeiten verbaut.

Politische Nachrichten.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Ostpreußens

sollen, wie neulich mitgeteilt, durch die Errichtung eines besonderen Wirtschaftsrates für dieses Gebiet stärker als bisher berücksichtigt werden. Die Vorarbeiten hierzu sind in vollem Gange. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, sind sie bereits soweit gediehen, daß in der nächsten Zeit im Oberpräsidium in Königsberg die Vorbesprechungen über die Zusammensetzung und die Befugnisse des neuen Wirtschaftsrates stattfinden können.

Deutschnationale Denunzianten und Lügner.

Im Gewerkschaftshause in Breslau erschienen am Sonnabend drei Ententeoffiziere zusammen mit einem Polizeikommissar, um infolge einer deutschnationalen Denunziation nach Waffen zu suchen. Trotz aller Versicherungen des Geschäftsführers, daß keinerlei Waffen vorhanden seien, wurde das Haus vom Keller bis zum Boden auf das genaueste durchsucht, natürlich, ohne daß irgend etwas gefunden wurde. Durch Aufreißen des Konzertpodiums ist dabei ein Schaden entstanden, für den von der Entente Wiedergutmachung verlangt werden soll. Der Geschäftsführer gab den Ententeoffizieren den Rat, bei den deutschnationalen Denunzianten, Studenten und den Rittergutsbesitzern nun ebenso eifrig nachzusehen.

Steuerkonflikt zwischen Saarregierung und Kreistag Saarbrücken.

Der Kreistag des Landkreises Saarbrücken sollte sich am Montag über fünf Gesetze äußern, die die Erhebung der indirekten Steuern betreffen, deren Einführung die Saarregierung plant. Mit 36 gegen 2 Stimmen erklärte der Kreistag, so lange kein Etat für die Verwaltung des Saargebietes vorliege, fehle jeder Anhaltspunkt über den Steuerbedarf. Die gesunde Finanzwirtschaft könne nur auf der Grundlage direkter Steuern zustande kommen. Ferner verlangte der Kreistag, solange noch kein Saarparlament bestehe und der Kreistag zur Beratung der Regierungsvorlagen herangezogen werde, für seine Mitglieder volle Immunität. Mit der Einführung der Reichsabgabenordnung im Saargebiet erklärte sich der Kreistag einverstanden.

Elisabeth Kött.

Roman von Rudolf Hans Bartsch.

[36]

Sie sammelte Gelegenheiten zur Unruhe, die rastlose Sucherin des Lebens. Ihr wäre es nicht unrecht gewesen, sich diese Gesellschaft zu ertrotzen. Endlich war dieses Leben wieder ein Leben! Da fuhren sie hin, mit dem mühelos geerbtem Zufallsgut ihres Namens und warteten, bis die große Besuchstournee Gelegenheit gäbe, die Königin der Rampe ein wenig zu demütigen. Ah, da konnten sie lange warten!

Sie würde heiraten, Gräfin sein und sich Elisabeth Kött nenen lassen. Sie würde weiterspielen und herrschen wie bisher. Nicht einen Schritt würde sie dieser Gesellschaft entgegentun und die scheinbar so lässig auf sie wartenden Damen würden vergeblich studiert haben, wie sie der Kött beweisen sollten, daß es zwischen gespielter und geborener Aristokratie Unterschiede gäbe.

Denn das wird die Sensation des Frühjahrs werden: „Die Kött kommt gar nicht.“ Am Turfplatz würde sie wie eine vornehme Fremde Hof halten und Gruß und Dank wechseln wie heute; als ob nichts geschehen wäre.

Die Kött freute sich. „Kampf gab es wieder! Kampf, und gegen unversöhnbare Frauen obendrein: Ah, wie schön!“

Die Heirat ging in stolzer Einfachheit vonstatten. Geladen war nur, wer schon zur Bekanntschaft gehörte und von dem Elisabeth wußte, daß er ihre Erhöhung für recht und billig ansah. Aber das Ereignis war viel zu interessant, als daß nicht eine Menge Wappenweibchen, wie Rasmus sie nannte, im Drange köstlicher Neugier die winzige Kirche zu Sankt Rupprecht füllten, zu deren Wahl Hameler geraten hatte, weil sie seine Lieblingskirche war. Höchst stilvoll, halb in die Kulturgeschichte eines Jahrtausends versunken, düster, zerfressen, fanatisch traurig wie das Urchristentum im Heidenland, ahnungsdämmerig und mirakelschwanger.

Hameler war Brautführer. Elisabeth trug Myrthen und war stolz und ruhig. Hameler verzog keine Miene.

Ziebern bebte vor Glück. Er war verliebt wie ein Sextaner und hatte im Klub die völlige Billigung seiner Freunde gefunden. Elisabeth war mondän, hatte Rasse, Haltung, Stolz und Stil. Sie hatte eine gewaltige Gage und besaß vor allem ein großes Vermögen. Ueberdies hatte Rasmus ahnen lassen, sie sei Gundenaus Tochter gewesen, und diese Sage gefiel allergnädigst und schmeichelte.

Nach dem Trauungsakte ward Elisabeth von vielen adligen Damen, die sie nur ganz obenhin kannte, herzlich begrüßt, und besonders die jüngeren Mädchen freuten sich laut über die neue Gräfin.

Aber die Kött bemerkte hinter ihrer neuen Freundschaft einen steinstill abwartenden Wall von durchdrungendster Hochgeborenheit. An dem defilierte sie rauschend vorüber, ohne sich mehr darum zu kümmern, als um eine Weißdornhecke.

Hochzeitsreise fing sie gar keine an. Sie blieb in Wien und machte nur Besuche bei Familien, von denen ihr junger Mann eine freundliche Einladung gebracht hatte.

Sonst blieb sie die, auf die sie gerne stolzer gewesen wäre, als auf ihren neuen Titel.

In die ersten Tage des bösen, gespannten Hinschielens nach dem Kampfplatz fiel die Kunde von Peter Strehls rücksichtslosem Ende durch den Strick, „durch den hundsgemeinen, pöbelwürdigen Strick“, wie die Kött in ihrem ersten Zorn und Abscheu über den Streich ihres tollen Dichters und Liebhabers aus der Volkstiefe aufschrie!

Dann kam mit wenig Reue und viel Groll gegen den wahnsinnigen Gravierergesellen die große Angst vor dem Skandal. Nirgendhin durfte sie fragen gehen, und vor allem durfte sie keinen Redakteur fragen, ob näheres über Peter Strehls Ende laut geworden sei, denn solch ein Journalist war schlau genug, ihr alles an den Augen abzulesen.

Sitzen mußte sie, Tag und Nacht vor Sorge zittern und auf die Enthüllung warten.

Aber die Freunde des Strehl wußten und mutmaßten nicht mehr, als daß Strehls geheimnisvolle Verlobung in die Brüche gegangen sein müsse und der hochnasige Peter sich aus enttäuschter Habgier erhängt hätte. Die trugen sicherlich kein rächendes Wort in die Oeffentlichkeit für den, der so hoch über sie hinaussteigen hatte wollen. Von der Theatermacherei ihres verrückten Kameraden wußten sie; aber daß man um eines mißglückten Kunstwerkes willen traurig sein könne, verlachten sie nur. Die Dichterei Strehls mußte im Gegenteil zu der Annahme verhelfen, der gute Peter sei wahnsinnig gewesen.

Einen Tag und zwei Nächte hatte er gehangen; zwei Tage lag er im Leichenhause, bis die Polizei über seinen Namen und die mutmaßliche Todesursache beruhigt war; dann brachte der Körper noch eine Tage in der Anatomie zu.

In dieser Zeit zagte und bebte die junge Gräfin bei jedem Klingelzeichen. Endlich sandte sie Rasmus zur Nachforschung nach der Hinterlassenschaft des Strehl aus und Rasmus gelangte bis in die Klinik, ohne daß er mehr erfuhr, als daß der schweigsame Mund des armen toten Jungen nichts verriete.

Rasmus selbst ahnte nur, daß Elisabeth sich wegen der leichtfertigen Behandlung der Strehlschen Dichtung schuldig glaubte.

Der gute Theaterdirektor wußte gar nichts. Die Notiz von dem Selbstmorde seines Lorbeerkandidaten hatte er gar nicht gelesen.

Während dieser langen Tage suchte die junge Frau in jedem Morgenblatt, in jeder Mittagsausgabe, in jedem Abendblatt ihren Namen. Sie ließ sich sämtliche in Wien erscheinenden Zeitungen kommen und las selbst die kleinsten Winkelblätter. Zuerst von allen aber öffnete sie stets die Arbeiterzeitung.

Sie wähnte sich schon als Bestie bedeutelt, als Sphynx besungen, als Dämon befemt, und stark und elastisch, wie sie war, bereitete sie sich auch, das Grauen, den Vorwurf und den Abscheu der Menschen zu tragen.

„Immerhin,“ trotzte sie. „Es gehört zu meinem Beruf, schrecklich zu sein. Muß ich nicht in mir haben, was ich spiele? Muß ich nicht fähig sein, eine Menschenseele zu kosten und zu verwerfen wie eine Frucht? Muß ich nicht die Laune in mir haben, die Hedda Gablers Leben allein noch lebenswert macht: Süß und schrecklich zu sein wie Liebe und Tod?“

„O Strehl, Peter Strehl. Dein dunkler Engel breitet seine Schwingen unter mich, um mich noch höher zu tragen. Ich werde noch viel magischer, viel suggestiver wirken, wenn man weiß: dies ist eine von den Frauen, um derentwillen Männer sterben. . .“

— — — — — — — — — — — —

Aber nein.

Der stolze Proletarier hatte die Sache keines erklärenden Wortes würdig gehalten.

Und dieses Schweigen war das Größte, was er je gedichtet.

Elisabeth ward von diesem vernichtenden Schweigen schamvoll an die Erde gedrückt. Es setzte ihr den Fuß auf den Nacken, und erst jetzt erkannte sie erschrocken die Größe des armen Burschen aus der Werkstätte; des Ringers, des Dichters und Verächters.

Da begann sie zu verehren, den sie verlacht und geringe geschätzt hatte. Nun war da, was ihr gefehlt: der Mann, der sie demütig machte. Und jetzt, jetzt liebte sie mit allen Kräften!

Aber für Peter Strehl blieb nichts mehr zu tun übrig, als seinen armen, zerstückelten Körper, seinen Sarg und seinen Grabhügel ganz in Reseden und sein Angedenken in bittere Tränen zu hüllen.

So begann ihre Grafenschaft.

— — — — — — — — — — — —

Und noch einer litt unsäglich bei der Nachricht von ihrer Verbindung; das war Wigram. Denn nun hielt er sie verloren für ewiglich.

Er hatte von Rasmus schon seit Wochen erfahren, was ihm wehe tat und hatte versucht, seinem Schmerz in dem alten, reichen Troste zu entgehen: Philosophie. Umsonst. Wigram, stark und vollblütig, war nie den Sinnenfreuden zugetan gewesen und hatte ein entbehrungsreiches Leben verbracht, das nach nichts als Tiefe, Gewaltigkeit und Größe gewendet war. Aber er tötete damit nicht die Lust des Blutes, zu leben.

Je einsamer der häßliche, wilde Gedankenmensch ward, desto weher tat ihm der Anblick eines schönen Weibes, und es kamen Stunden für ihn, unwiderstehlich, aber herzzerreißend wie ein Höllensturz, wo er die letzten, seltenen Guldenstücke, um die er sich einen Flug in die grüne Weite oder Bücher hatte anschaffen wollen, dahinwarf, um sich die gleichgültige Erlaubnis eines armen, verlorenen Weibes zu kaufen. Entsagungskampf und Ueberdruck reichten sich die Hände. Andere Frauenliebe blieb ihm versagt, da er so scheu und einsam war, da er die Weiber mied. Er verlangte Elisabeth, oder nichts.

Dann hatte er gut grübeln, warum die höhnische Natur ihn immer wieder boshaft lachend in ihren Topf zurückwürfe, daraus seine arme, brennende Seele immer wieder emporstrebte. Eines seiner schwermütigsten Sonette erzählte von solchen Gedanken:

„Als Knabe einst, mit Lust an fremder Not
Versucht' ich eine Ameise zu lenken.
Die ihren Weg beharrlich wollte schwenken;
Ich hindert es und trat sie endlich tot.
Heut muß ich noch an jene Bosheit denken
Bis schwere Scham in meinen Wangen lobt.
Ich bin ein Stück vom Weltgeist, und er droht
Mit gleichem Maß beirrend mich zu kränken.
Ich strebe wehverzehrt nach großen Dingen,
Doch lachend wirft mich ein Moment seitab
Und läßt mich durch Gemein' und Kleines ringen.
O Sehnsucht, ewig neu am Bettelstab!
Unwürdig bin ich, Klage vorzubringen,
Bis mich der letzte Tritt hinstürzt ins Grab.

So stritt Wigram, und so heiligte und reinigte er sich wieder durch schweren, leidvollen Ernst.

In einem Winkel seines Herzens aber hing, wie in verlassener Kellerstube, eine verpuppte Hoffnung, an die er niemals rührte und an deren Entfaltung er niemals verzweifeln wollte. Daß sein Geschick ihn dereinst zu Elisabeth führte.

Fortsetzung folgt.